

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 5 (1958)
Heft: 2

Artikel: Zivilschutz im Ausland
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-364935>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wichtige Stimmen für den Zivilschutz

Einer einstimmigen Stellungnahme vom 16. Januar 1958 der Delegiertenversammlung der

Kath. Volkspartei Basel-Stadt,

gestützt auf die gründlichen Vorarbeiten ihrer Kommission für Militärfragen, entnehmen wir folgenden Abschnitt über den Zivilschutz:

Im totalen Krieg wird das Hinterland in gleicher Weise wie die Front in das Kriegsgeschehen einbezogen. Die hier vertretene Auffassung der Landesverteidigung gewährt der Zivilbevölkerung grösstmöglichen Schutz.

Ueberdies muss die Zivilschutzorganisation in Zusammenarbeit mit Territorialdienst und Luftschatztruppe ausgebaut und zu einer wesentlichen Aufgabe der Landesverteidigung aufgewertet werden.

Dem Bau von öffentlichen und privaten Schutzzäumen ist die grösste Aufmerksamkeit zu schenken.

Vier Pressestimmen

«Neue Zürcher Zeitung»:

Dass der Zivilschutz zu den bedeutendsten Aufgaben einer zeitgemässen Wehrpolitik gehört, kann im Ernst nicht bestritten werden.

«Birsfelder Anzeiger»:

Die Hochkonjunktur wirkt wie ein Schlafpulver auf den Bürger. Er möchte an nichts Unangenehmes denken. Es gibt leider wenig Parlamentarier, die mit aller Offenheit auf diese schwache Stelle in unserer Landesverteidigung hinzuweisen wagen. Mit dem Zivilschutz kann man sich keine Lorbeeren holen.

«Emmenthaler Blatt»:

Wir möchten sogar die Auffassung vertreten, dass 200 Millionen Franken zugunsten des beschleunigten Aufbaus des schweizerischen Zivilschutzes ungleich nutzbringender eingesetzt wären, als, beispielsweise, für 50 in wenigen Jahren bereits veraltete Kampfflugzeuge zum gleichen Preis.

«Walliser Volksfreund»:

Der Zivilschutz ist unendlich viel billiger als der Unterhalt der Armee. Mit wenig gutem Willen wird hier viel erreicht. Mithelfen muss vor allem die Frau.

ZIVILSCHUTZ IM AUSLAND



Katastrophenhilfe
in Belgien



Zur Organisation
in England

In englischen Fachkreisen wurden Vorschläge für eine andere Organisation der Zivilverteidigung ausgearbeitet, um den erhöhten Anforderungen eines nuklearen Krieges entsprechen zu können. Der erste Punkt betrifft die Bezeichnung eines einzigen Verteidigungsministeriums, zur Kontrolle der drei kampfanten Dienstzweige und der zivilen Verteidigung. Demnach sollte das Ministerium in vier Dienstdepartemente und fünf Verbindungsdepartemente unterteilt und diese in ihrer Tätigkeit durch einen Stabschef koordiniert werden. Dem Verteidigungsminister würde innerhalb der vom Kabinett gesetzten Grenzen eine weitreichende Entscheidungsbefugnis zustehen.



Die Vorbereitungen
in Syrien

Auch in diesem Land, das im Kreuzungspunkt grosser Verbindungen liegt, sind Vorbereitungen für den zivilen Bevölkerungsschutz getroffen worden. Der Zivilschutzdienst ist gesetzlich auf freiwilliger Grundlage geregelt. Zufolge guter Werbeaktionen haben sich jedoch viele Freiwillige, besonders männliche und weibliche Jugendliche, gemeldet. Es wurden auch ernstfallmässige Übungen durchgeführt. Anlässlich der Mobilisierung zur Zeit des Suezkonflikts wurde der Zivilschutz ebenfalls aufgeboten. Dabei beteiligten sich sozusagen alle innerst wenigen Tagen uniformierten Jugendlichen neben dem Schulbesuch an der Ausbildung für den Zivilschutz. Schon im Jahre 1956 hatte die syrische Regierung einen deutschen Stabsoffizier für die Überprüfung der von einer Generaldirektion im Innenministerium

getroffenen Massnahmen in ihr Land berufen. Dieser Experte hat den in Syrien angesichts der dortigen Verhältnisse innerst sechs Monaten erfolgten Aufbau des Zivilschutzes als erstaunliche Leistung bezeichnet.



Ausbildung
der Bevölkerung
in Bulgarien

Einer Zeitungskorrespondenz zufolge ist die Ausbildung der bulgarischen Bevölkerung für Schutzmassnahmen gegen Atomwaffen, gemäss einer Regierungsverordnung und entsprechenden Richtlinien, im Gange. Letztes Jahr sollen 715 Instruktoren herangebildet werden sein. Diese Zahl wird als zu gering bezeichnet, so dass das Programm von 13 Unterrichtsstunden noch nicht durchwegs zur Ausführung gelangen konnte.



Was geschieht
mit dem Gaither-Bericht?

Der Nationale Sicherheitsrat habe, so wird neuerdings gemeldet, eine besondere Studie über die Empfehlung des Gaither-Komitees angeordnet. Diese Empfehlung sieht vor, ein nationales Schutzraum-Programm aufzustellen, das, nach seiner Verwirklichung, gegen das Zerfallsmaterial im Atomkrieg schützen soll. (Vgl. «Zivilschutz» Nr. 1/1958, S. 11.)

Der neue Ausschuss, der nun die Vorschläge des Gaither-Komitees untersucht, konzentriert sich dabei auf die folgenden Punkte: 1. ob nicht ein solches Schutzraum-Programm mit dem normalen Bauprogramm der Regierung verbunden werden könnte; 2. ob nicht die Geldquellen anderer Regierungsstufen und -stellen, einschliesslich jener der Gliedstaaten und Gemeinden, angebohrt werden könnten, um damit ein nur sehr bescheidenes Schutzraum-Programm zu finanzieren; 3. ob es praktisch sei, eine Reihe unterschiedlicher Schutzzäume gegen Zerfallsmaterial als Prototypen zu entwerfen und zu bauen, nicht separat, sondern z. B. als Teil von neuen Regierungsbauten.

Tatsache ist jedoch, dass wenig oder keine Aussicht besteht, das vom Gaither-Komitee empfohlene Schutzraum-Programm von 5 Milliarden Dollar im Jahr zu verwirklichen. Viel wahrscheinlicher ist ein bundesstaatliches Unterstützungs-Programm, das die Gliedstaaten, Gemeinden und die verschiedenen Industrien ermutigen soll, selbst eine Antwort auf die dringendsten Fragen des Zivilschutzes im Zeitalter der Weltraumforschung zu finden. Der neue Ausschuss ist, so scheint es, nicht gebildet worden, um die Schutzraumfrage durchzupeitschen, sondern, um den Dingen auf den Grund zu gehen und, je nachdem, weitere Möglichkeiten aufzuzeigen.